

## **Notstand ohne Not**

Ab sofort leben wir Europäer in Zeiten des Klimanotstands. Das Europaparlament hat eine entsprechende Resolution mit großer Mehrheit beschlossen. Notstand, das ist Ausnahmezustand, das verlangt nach außergewöhnlichen Maßnahmen.

Ab morgen früh also werden Fahrer – nach entsprechender Belehrung – nach Hause entlassen, wohin sie sich zu Fuß begeben müssen, denn das Auto wird eingezogen und umweltschonend verschrottet.

All die jungen Leute, die einen Billigflieger gebucht haben, um in Barcelona, Berlin, Lissabon oder sonst einer Partymetropole Europas am Wochenende zu feiern, müssen am Boden bleiben. Die Angestellten der Fluggesellschaften ziehen eilig ihre schicken Uniformen aus und schlüpfen in Zivilkleider. Sie möchten nicht als Kollaborateure der schwerkriminellen Flugzeugindustrie denunziert werden.

Die Kohlekraftwerke werden ab sofort geschlossen, die Arbeiter werden entlassen.

Jeder Kleingärtner wird per Dekret dazu verdammt, in seinem Garten ein Windrad zu errichten. Wer sich weigert, dessen Garten wird beschlagnahmt.

Nein, natürlich wird nichts davon geschehen. Aber wenn nichts davon geschieht, warum hat das Europaparlament den Klimanotstand ausgerufen? "Um Druck auszuüben", sagen die Parlamentarier. Ganz so, als wüssten die Europäer nicht, dass der Kampf gegen die Erderwärmung die dringlichste aller Aufgaben ist, ganz so, als würde in diesem Bereich nichts geschehen.

Was die Europaparlamentarier bedenken sollten: Ihre Notstandsresolution eröffnet den Blick auf einen düsteren Horizont. Maßnahmen wie die weiter oben geschilderten erscheinen nicht mehr völlig verrückt, sie erscheinen jetzt möglich, ja sogar gerechtfertigt. Das Parlament wäre im Fall eines nicht symbolisch gemeinten, sondern eines echten Notstands ja das erste Opfer. Es würde sofort aufgelöst.

Als erste Kommune in Deutschland hatte Konstanz am 2. Mai 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Für die Stadt bedeutete das, alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten. Konstanz blieb damit nicht allein. Das Umweltbundesamt verweist auf eine Liste von 64 Kommunen in Deutschland, die bisher den Klimanotstand ausgerufen haben.

Was heißt Klimanotstand konkret? Alexander Handschuh, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sagt, er sei "nicht glücklich mit dem Begriff". Denn er sei schon belegt. "Wenn Notstand ist, kann man Bürgerrechte außer Kraft setzen." Wenn eine Stadt oder Regierung den Klimanotstand ausruft, hat das dagegen keine rechtlichen Konsequenzen.

Inge Kaufmann vom Umweltbundesamt erläutert, Kern der Erklärungen zum Klimanotstand sei, dass zukünftig alle Beschlüsse, die in Gemeinderäten oder Stadträten beschlossen werden, einem Klimacheck unterworfen werden. "Dass man also prüft, welche Auswirkungen die Beschlüsse auf das Klima haben". So auch in Konstanz: In Beschlussvorlagen muss die klimaschutzkonforme Variante als Option genannt sein. Dadurch werde gewährleistet, dass "politisch entschieden werden muss, ob im Einzelfall die klimaschutzkonforme Lösung, die Lösung mit den geringeren unmittelbar entstehenden Kosten oder – im Idealfall – die Lösung, die beides berücksichtigt – gewählt wird", heißt es in einem Dokument der Stadt Konstanz. Der Klimanotstand führt also dazu, dass der Klimaschutz bei jeder Entscheidung berücksichtigt wird – es wird aber nicht unbedingt die Entscheidung präferiert die besser für das Klima wäre.

Alexander Handschuh vom Gemeindebund erläutert die Zwänge, unter denen Kommunen beim Klimaschutz stehen: "Es ist klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Gleichzeitig ist es für die Kommunen nicht möglich, dem Klimaschutz bei jeder Entscheidung höchste Priorität einzuräumen, es müssen meist verschiedene Ziele abgewogen werden."

Manche Kommunen legen in den Resolutionen zum Klimanotstand weitere Schritte fest. Konstanz etwa beschloss, das Mobilitätsmanagement für die Stadt prüfen zu lassen. Die Bürgermeister der Stadt lassen die Leasingverträge für ihre Dienstwagen auslaufen. Sie verpflichteten sich, mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrrad zu fahren.

Kiel rief als erste deutsche Landeshauptstadt den Klimanotstand aus. Hier gab es schon davor einen Katalog mit mehr als 200 Maßnahmen zum Klimaschutz. Das Ausrufen des Klimanotstands nahm die Verwaltung zum Anlass, zu prüfen, welche Maßnahmen man vorziehen könne. Was in Kiel demnächst umgesetzt wird, war also schon lange vor dem Klimanotstand beschlossen – manches soll aber jetzt schneller gehen.